

CURIA CONFOEDERATIONIS HELVETICAE

alliance F

JAHRES BERICHT 2023



EDITORIAL 2023

Bericht der Co-Präsidentinnen

Liebe Mitglieder, liebe Frauen

Das Jahr 2023 war eines, das von Unruhen und epochalen Wechseln geprägt war. Es war das letzte Jahr einer Legislatur, in der eine weltweite Pandemie auch die Schweiz in den Ausnahmezustand versetzte. Und auch das letzte Jahr einer Legislatur, in der mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine der Krieg nach Europa zurückkehrte. Beide Grossereignisse erinnerten auch in der Schweiz an die Bedeutung der Politik: Sie ist in der Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger wieder wichtiger geworden – damit aber wieder umkämpfter. In vielen Dossiers – Sicherheit, Europa, Klima, Altersvorsorge, Kinderbetreuung – stehen Richtungsentscheide an. Es war 2023 und bleibt auch künftig unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese Richtungsentscheide zu Gunsten der Gleichstellung und im Interesse der Frauen fallen und nicht gegen sie. Dafür kämpfen wir gemeinsam mit unseren Verbündeten in allen Parteien. Dabei ist viel gelungen, gleichzeitig bleibt viel Arbeit.

Ein essenzielles Fundament für all unsere Bemühungen ist die faire und demokratische Repräsentation von Frauen in den wichtigsten politischen Entscheidungsgremien des Landes. In den nationalen Wahlen 2023 blieb der Frauenanteil im Nationalrat mit 38.5 Prozent nahezu stabil. Im Ständerat stieg er gar auf den neuen Rekord von 35 Prozent. Möglich war dies dank einer bemerkenswerten überparteilichen Allianz: Gleich in mehreren Kantonen unterstützten mehrere Parteien gemeinsam eine hervorragende Frauenkandidatur – und schlugen so den jeweils antretenden männlichen Gegenkandidaten der SVP. Wir unterstützen als alliance F weiterhin überparteiliche Allianzen zugunsten der Frauen und der Gleichstellung und sind überzeugt: Wer die Anliegen von Frauen übersieht, wer ihre Lebenswirklichkeit – und die vieler engagierter Männer und Väter - vergisst, der hat es inzwischen zu Recht schwer an den Wahlurnen.

Dem ständigen überparteilichen Einsatz der Frauen und ihrer Verbündeten sind denn auch 2023 einige Erfolge im Parlament zu verdanken: Das neue Sexualstrafrecht anerkennt endlich stärker die Realitäten sexualisierter Gewalt. Wir haben uns erfolgreich für ein Forschungsprogramm für Gendermedizin eingesetzt, das noch geltende Politikverbot für Mütter wird aufgehoben, und bei der Revision des Gesetzes für die berufliche Vorsorge ist vorgesehen, den teilzeitfeindlichen fixen Koordinationsabzug abzuschaffen.

Mehr Gegenwind spüren wir nach wie vor bei unseren Bemühungen, eine hochwertige und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung auch in der Schweiz als Teil einer dringend notwendigen Infrastruktur zu begreifen. Wir müssen unsere Kita-Infrastruktur an den vielen Familien ausrichten, die essenziell darauf angewiesen sind - unabhängig davon, dass manche Eltern andere Möglichkeiten der Kinderbetreuung nutzen. Schliesslich planen wir auch unseren öffentlichen Verkehr nach den Hunderttausenden, die damit zwingend täglich zur Arbeit pendeln müssen - auch wenn manche ihn nur für den Sonntagsausflug auf die Rigi nutzen.

EDITORIAL 2023

Wir arbeiten weiter mit Hochdruck daran, dass sich diese Überzeugung auch in der Schweiz durchsetzt. 2023 setzten wir und unsere Verbündeten uns unermüdlich für das «Kita-Gesetz» ein, das im Ständerat nach wie vor hängig ist. Unsere Expertinnen sprachen in der zuständigen Kommission vor, wir lancierten eine öffentlichkeitswirksame Petition und leisteten zahlreiche Stunden an Überzeugungsarbeit im und ums Bundeshaus. Diese Arbeit wird uns auch 2024 weiter begleiten – ebenso wie der Einsatz für eine Elternzeit und für die Individualbesteuerung.

Besorgniserregend war 2023 in der Sphäre des öffentlichen Diskurses der unsachliche, gehässige und teilweise frauenfeindliche Ton, der in unterschiedlichen Medien die Debatten um die Gleichstellung der Geschlechter, um Teilzeitarbeit oder auch um Aufklärung an Schulen prägt. Die Zürcher Gemeinde Stäfa musste einen entsprechenden Präventionstag wegen Drohungen gar absagen. Diesem sogenannten Gender Backlash begegnet alliance F, indem wir einerseits politikintern über solche Framing-Strategien aufklären und selber einen differenzierten, sachlichen Diskurs vorleben und einfordern. Andererseits beteiligen wir uns, soweit es unsere Ressourcen erlauben, mithilfe von Analysen, Gastbeiträgen und Kommentaren aktiv am Diskurs. In mehreren Fällen, gerade bei der Diskussion um Teilzeitarbeit, ist es gelungen, die Debatte wieder in Richtung faktenbasiertes Terrain zu bewegen.

Insgesamt bleibt wie eingangs festzustellen: Vieles ist gelungen, viel Arbeit bleibt. So haben wir letztes Jahr auch im Austausch mit unseren Mitgliedorganisationen das politische Programm für die kommende Legislatur (2023 bis 2027) entworfen. Es ist das zweite Legislaturprogramm der bald 125-jährigen alliance F und soll an der Delegiertenversammlung im April verabschiedet werden. Wir sind gekommen, um zu bleiben.

Herzlich grüssen die Co-Präsidentinnen



Maya Graf
Ständerätin Grüne Basel-Land



Kathrin Bertschy
Geschäftsführerin & Nationalrätin GLP Bern

2023 IN ZAHLEN

5 ZUSÄTZLICHE SITZE

16 STÄNDERÄTINNEN ZÄHLT DIE SCHWEIZ ERSTMALS, FÜNF DAVON WURDEN NEU IN DEN RAT GEWÄHLT. MIT 35% ANTEIL IST DAS EIN HISTORISCHER REKORD!

21 MENTORINGS

ONLINE ODER VOR ORT: FRAUEN AUS 24 KANTONEN WURDEN MIT HELVETIA-RUFT-MENTORINGS FIT FÜR IHRE POLITISCHE KARRIERE GEMACHT.

16'816 UNTERSCHRIFTEN

SO VIELE MENSCHEN HABEN SICH MITTELS KITA-PETITION FÜR NATIONAL GÜNSTIGERE BETREUUNGSPLÄTZE AUSGESPROCHEN. ZUDEM WURDEN 1535 ÜBERTEUERTE KITA-RECHNUNGEN EINGEREICHT. (STAND: 31.12.23).

1 NEU GEGRÜNDETE STIFTUNG

DIE PUBLIC DISCOURSE FOUNDATION SETZT SICH GEGEN VIRTUELLE GEWALT EIN. SOMIT IST SIE DAS ERSTE SPINN-OFF DER ALLIANCE F ÜBERHAUPT.

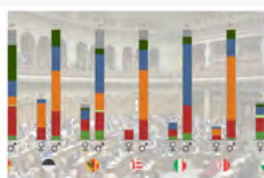
10'000 PERSONEN

HABEN MIT DEM NEUEN FINANZTOOL CASH OR CRASH IHRE LEBENSENTSCHEIDUNGEN HINTERFRAGT.

5 VERNEHMLAS- SUNGSANTWORTEN

WURDEN EINGEREICHT, DIE UNSERE INPUTS MITTELS GLEICHSTELLUNGSBRILLE AUFNEHMEN.

ALLIANCE F IN DEN MEDIEN IM 2023



Opération parité aux Chambres fédérales: les cantons romands sont en avance

16.01.2023



Wahlen 2023: Frauenallianz strebt weibliche Mehrheit im Parlament an – und das Interesse ist riesig

19.02.2023



«L'alliance pour les crèches» à l'assaut du Parlement

27.02.2023



Maya Graf über die mögliche Einigung bei der BVG-Reform

13.03.2023



Unterschiedliche Meinungen über die Pensionskassenreform

14.04.2023



Wieso Elisabeth Kopp erst spät zum Vorbild werden durfte

15.04.2023



Gleich viel Geld für Mütter und Soldaten: Erwerbsersatzanpassung dürfte Erfolg haben

01.05.2023



«Es stört mich, wenn ihr Wut schürt» – «Dann lehnen wir uns zurück, chillen?»: Das grosse Streitgespräch zum Frauenstreik

11.06.2023



Vom Sexualstrafrecht bis zur Gendermedizin: Das haben die Frauen im Parlament seit dem Frauenstreik erreicht

14.06.2023



alliance F organisiert während des Frauenstreiks ein Podium im Bundeshaus

15.06.2023



Die teuersten Kitas Europas: Der Bundesrat knausert und...

Watson Artikel: alliance F setzt sich dafür ein, dass die Schweizer Kitas nicht mehr die teuersten sind

30.06.2023



Kathrin Bertschy im Interview: «Ich erwarte, dass Frauen mindestens so adäquat im Parlament vertreten sind wie 2019»

19.08.2023



"Züri Today" berichtet über unser neues Online-Tool "Cash or Crash"

28.08.2023



Frauenanteil im Parlament: Einschätzung von "Helvetia ruft!" Co-Initiantin Flavia Kleiner bei "10vor10"

25.09.2023



Les sénatrices seront plus nombreuses sous la Coupole

19.11.2023



Hass gegen Frauen – Sechs Politikerinnen fordern strengere Strafen

06.12.2023

POLITISCHE GESCHÄFTE

Kitagesetz und Petition

In kaum einem anderen Land der Welt bezahlen Eltern so viel für die familienergänzende Kinderbetreuung wie in der Schweiz. Die Kita-Kosten für ein Paar mit zwei Kindern fressen im Schnitt 35 Prozent eines Durchschnittslohns weg: je nach Kanton zwischen 3400 und 5200 Franken pro Monat. Die Schweiz schneidet in allen internationalen Vergleichen zur Verfügbarkeit und Qualität von familienergänzender Kinderbetreuung schlecht ab: Einer der jüngsten Unicef-Berichte setzte sie auf Platz 38 von 41 – hinter Staaten wie Bulgarien, Mexiko, Ungarn oder der Türkei.

Diese Kosten treffen die Mittelschicht besonders hart, denn in vielen Kantonen erhalten Haushalte mit sehr geringen Einkommen zumindest teilweise Subventionen. Die Orga-

nisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ausgerechnet: Wenn Eltern – oft Mütter – nach einer Elternzeit die Erwerbstätigkeit wieder aufnehmen, bleiben ihnen im Schnitt von 100 verdienten Franken nur 35 Franken im Portemonnaie: Den Rest fressen höhere Steuern, wegfallende Verbilligungen (Krankenkassen) und Betreuungskosten weg. Damit lohnt sich zusätzliche Erwerbsarbeit für sie kaum – und das in Zeiten des Fachkräftemangels.

Um das Kita-Gesetz weiter voranzubringen, haben wir eine Vernehmlassungsantwort koordiniert, das Geschäft im Nationalrat verfolgt und mit zahlreichen Schreiben begleitet. Im Juli nahmen wir an den Anhörungen der Ständeratskommission teil und lancierten im Spätherbst eine Online-Petition, bei der wir nebst Unterschriften auch die überbeurten Kitarechnungen von Eltern sammelten.

Im November standen wir dann frühmorgens auf dem Bundesplatz, um den Mitgliedern der ständerätlichen Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur (WBK) je ein Couvert voller anonymer Kita-Rechnungen zu überreichen. Begleitet haben uns verschiedene Fachkräfte, etwa eine Physiotherapeutin sowie ein Ingenieur, die mit den Ständerätinnen und Ständeräten über ihre finanziellen Realitäten sprachen. Die ständerätliche Kommission berät nun weiter über den Vorschlag des Nationalrates, familienergänzende Kinderbetreuung zu vergünstigen. Wir setzen uns auch 2024 im Rahmen der Beratungen ein und halten Sie auf dem Laufenden, ob das Geschäft Erfolg hat.



Schluss mit überbeurten Kita-Kosten: Fachkräfte vor dem Bundeshaus
Bild: Yoshiko Kusano

POLITISCHE GESCHÄFTE

Sexualstrafrecht

Während der Nationalrat im Dezember 2022 im Sexualstrafrecht noch die Zustimmungslösung («Ja heisst Ja») gefordert hatte, war der Ständerat seinerseits nicht bereit von seiner Widerspruchslösung abzurücken («Nein heisst Nein»). Schliesslich stimmte die kleine Kammer einem Kompromiss zu, wonach eine Vergewaltigung, ein sexueller Übergriff oder eine sexuelle Nötigung vorliegen, wenn Betroffene mit Worten, Gesten oder auch durch Erstarren (Freezing) ausgedrückt haben, dass sie mit der Handlung nicht einverstanden sind. Besonders das Anerkennen des «Freezing» - und die begleitende öffentliche Diskussion und Aufklärung darüber - sind essenziell für die viel zu vielen Überlebenden sexualisierter Gewalt in der Schweiz: Viel zu lange widerspiegelte das Schweizer Sexualstrafrecht die falsche Überzeugung, die sehr verbreitete Traumareaktion des Erstarrens sei als Ausdruck einer Einvernehmlichkeit zu deuten. Es war höchste Zeit und ist ein grosser Erfolg, dass sich dies nun endlich geändert hat.

Neben der Revision des Sexualstrafrechts verabschiedete das Parlament weitere Massnahmen für eine bessere Betreuung von Personen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben, wie die Einrichtung von Krisenzentren, die Aufnahme eines Dialogs zwischen Bund und Kantonen und die Durchführung einer Studie, die die Bedürfnisse der betroffenen Opfer ermitteln soll.

Für diesen Erfolg war nicht nur die die Frauensession im Jahr 2021 zentral, sondern auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Akteuren aus der Justiz, Opferberatungsstellen sowie Politikerinnen und Politikern verschiedener Parteien und Kollektive. Die gemeinsamen Forderungen verliehen Sichtbarkeit – auch in den Medien – und somit auch Gewicht.

Das verbesserte Sexualstrafrecht tritt Mitte 2024 in Kraft. Wir freuen uns über das klar verbesserte und modernisierte Sexualstrafrecht, werden uns aber auch in Zukunft für weitere Verbesserungen wie etwa eine klare Zustimmungslösung einsetzen.



Eine Aktivistin von Amnesty International an einer Kundgebung in Bern
Bild: Alessandro Della Valle / Keystone

POLITISCHE GESCHÄFTE

Individualbesteuerung

Wer in der Schweiz Steuern zahlt, soll künftig individuell besteuert werden. Ehepaare würden also je eine eigene Steuererklärung ausfüllen. So wollen es der Bundesrat und das Parlament. Die Individualbesteuerung ist auch ein wichtiges und langjähriges Anliegen von alliance F, denn sie schafft hohe Arbeitsanreize für Zweitverdienende und fördert damit die Chancengleichheit von Männern und Frauen. Der Staat profitiert von zusätzlichen Steuereinnahmen, die Wirtschaft von einem höheren Angebot an Fachkräften und die Gesellschaft von mehr Gleichstellung und einer besseren wirtschaftlichen Absicherung vieler Frauen. Das wird den Sozialstaat der Zukunft entlasten.

Mit einer konsequenten Umsetzung der Individualbesteuerung wird auch die Heiratsstrafe abgeschafft. Dies, ohne im Gegenzug eine Konkubinats- beziehungsweise Alleinstehendenstrafe einzuführen, wie das bei anderen Vorschlägen zur Abschaffung der Heiratsstrafe (namentlich Gemeinschaftsbesteuerung mit Splittingtarif) zwangsläufig der Fall wäre.

Die positiven volkswirtschaftlichen Effekte der Individualbesteuerung sind wissenschaftlich gut belegt. Das Arbeitskräftepotenzial wird in der Schweiz bei weitem nicht ausgeschöpft. Grund dafür ist insbesondere die überproportional hohe Steuerbelastung auf den Zweitverdienend. Gemäss einer Studie von Ecoplan beträgt das zusätzliche Arbeitspotenzial einem

Beschäftigtenwachstum von bis zu 60'000 Vollzeitäquivalenten. Auch die konservativere Einschätzung in der bundesrätlichen Botschaft von 47'000 Vollzeitstellen ist ein schlagendes Argument für die Vorlage. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht spricht alles für die Einführung der Individualbesteuerung.

Für die 2022 eröffnete Vernehmlassung, erstellte alliance F zusammen mit ihren Partnerinnen eine Musterstellungnahme, die daraufhin mehrfach eingereicht wurde. Darin wurde der Fokus auf die Erwerbsanreize sowie die Streichung des Steuerabzugs für Nicht-Erwerbstätige gelegt. Der Bundesrat passte darauf die Eckwerte im Sinne der Gleichstellung, der Volkswirtschaft und alliance F an.

2024 starten die Beratungen in den zuständigen Kommissionen.



Künftig sollen auch Ehepartner individuell besteuert werden.
Grafik: alliance F

POLITISCHE GESCHÄFTE

Altersvorsorge / Reform der BVG

Das Parlament hat im März 2023 die Reform der beruflichen Vorsorge (BVG) zu Ende beraten: Der Systemfehler des fixen Koordinationsabzugs soll abgeschafft sowie die Jahreslohn-Eintrittsschwelle gesenkt werden. Damit werden tiefe Einkommen und Teilzeitbeschäftigte, darunter überdurchschnittlich viele Frauen, besser fürs Alter, aber auch für Invalidität abgesichert. Dies ist dringend notwendig und wird seit Jahrzehnten von verschiedenen Frauenorganisationen und Politikerinnen aus fast allen Parteien gefordert. Es ist zudem ein Auftrag der alliance F Delegiertenversammlung aus dem Jahr 2017 sowie Teil unseres Gleichstellungslegislativprogramms.

Andere Reformelemente – namentlich die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6 Prozent sowie die Höhe der Ausgleichszahlungen für die Übergangsgeneration – werden von den Mitgliedorganisationen unterschiedlich beurteilt. Das letzte Wort wird das Stimmvolk haben, denn es wurde im Sommer 2023 das Referendum eingereicht.

Die Mitglieder von alliance F werden deshalb an der Delegiertenversammlung 2024 die Parole zur Reform fassen. Alliance F begrüsst, dass die Stimmberechtigten bei dieser wichtigen Weichenstellung für eine Modernisierung der 2. Säule demokratisch mitentscheiden können.

Forschungsprogramm Gender-Medizin

Das im Auftrag des Bundesrats durchgeführte Forschungsprogramm «Gendermedizin und -gesundheit» namens NFP 83 wurde Ende 2023 lanciert. Diese Errungenschaft wurde Dank verschiedenen Vorstössen gefordert, unter anderem auch aus der Frauensession 2021.

Ziel dieses nationalen Forschungsprogramms ist es, in der Schweiz eine evidenzbasierte Wissensgrundlage für die Berücksichtigung von Geschlecht in den Bereichen Gesundheitsforschung, Medizin und Public Health zu schaffen. Die Forschungsphase des Programms dauert fünf Jahre und das Gesamtbudget beträgt elf Millionen Franken.

Durch die Finanzierung von Forschungsprojekten in den Bereichen Gesundheitswissenschaften und Public Health mit Fokus Geschlecht sollen ein Systemwandel angeregt und Standards für die Umsetzung dieses Wandels in der Schweiz definiert werden.



Gendermedizin und -gesundheit
Nationales Forschungsprogramm

POLITISCHE GESCHÄFTE

Politikverbot für Mütter aufgebrochen

Das Parlament hat im September 2023 die stossende Erwerbsersatz-Praxis für Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub geändert und grosser Mehrheit eine Gesetzespräzisierung angenommen. Diese gewährt Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub ihre politischen Rechte.

Zahlreiche Kantonsrätinnen mussten in den vergangenen Jahren eine politische Zwangspause einlegen. Die Ausgleichskassen stellten ihnen die Erwerbsersatzentschädigung aus ihren Berufen mit sofortiger Wirkung ein, wenn sie im Mutterschaftsurlaub an einer Abstimmung im Rat teilnahmen. Unsere Co-Präsidentin, Kathrin Bertschy, brachte den Fall vors Bundesgericht, das jedoch die Chance verpasste, die Praxis zu revidieren. Darum wurde der Entscheid an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof weitergezogen. Der Entscheid darüber wird im Jahr 2024 erwartet.

Gleicher Erwerbsersatz für Soldaten und Mütter

Für frischgebackene Mütter gab es 2023 gute Neuigkeiten: Mutterschaft und Militärdienst sollen künftig finanziell gleichbehandelt werden. Nach dem Ständerat verlangt auch der Nationalrat, dass die maximalen Tagessätze beim Erwerbsersatz für Militärdienst und für Mutterschaftsurlaub angeglichen werden. Heute kriegen Armeedienstleistende höchstens 246 Franken, für Mütter gibt es hingegen maximal 220 Franken. alliance F wird sich im Frühling 2024 im Gesetzschreibprozess nochmals dafür einsetzen und eine Vernehmlassungsantwort formulieren.

Das Parlament hat im September 2023 die stossende Erwerbsersatz-Praxis für Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub geändert und mit grosser Mehrheit eine Gesetzespräzisierung angenommen, die Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub ihre politischen Rechte gewährt.



Schweizweite Medienberichte über vom Politikverbot betroffenen Mütter. Bilder: Screenshots Tagesanzeiger, NZZ und Walliser Bote

POLITISCHE GESCHÄFTE

Ausländerrechtlicher Schutz verbessert

Im Dezember 2023 hat die Mehrheit des Nationalrats entschieden, dass eine menschenrechtswidrige Praxis aufgehoben werden soll. Denn trennt sich momentan eine gewaltbetroffene Person wegen häuslicher Gewalt von ihrem Partner, verliert sie ihre erlangte Aufenthaltsbewilligung, die sie durch Heirat oder Partnerschaft erlangt hat. Aus Angst, wieder ins Ursprungsland in eine ungewisse Zukunft abgeschoben zu werden, sehen sich zahlreiche gewaltbetroffene Personen gezwungen, in der gewaltgeprägten Beziehung zu verbleiben – manchmal sogar mit ihren Kindern.

Wir hoffen nun, dass auch der Ständerat 2024 dem Anliegen zustimmen wird.

Lohnungleichheit soll strafbar werden

Die nationalrätliche Motion «Schluss mit den Lippenbekenntnissen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» ist im Nationalrat überwiesen worden. Sie fordert die Sanktionierung von Unternehmen, die gegen die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann verstossen. Politikerinnen und Politiker aus allen Fraktionen hatten die Motion unterzeichnet. Denn seit Jahren scheitern alle Versuche, dem Verfassungsartikel 8, der gleiche Lohn für gleiche Arbeit fordert, auch auf Gesetzesebene zum Durchbruch zu verhelfen. Statt wie üblich Richtlinien, Kriterien und Sanktionen festzulegen, müssen momentan lediglich Analysen und Berichte erstellt werden. Das Geschäft geht nun in den Ständerat. Nur wenn dieser ebenfalls zustimmt, muss der Bundesrat eine Gesetzesänderung ausarbeiten.



Trennung wegen häuslicher Gewalt: Künftig sollen Betroffene die Aufenthaltsbewilligung behalten dürfen. Bild: iStock Photo

VERNEHMLASSUNGEN

Folgende Vernehmlassungsantworten hat alliance F 2023 unter anderem eingereicht:

Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative «Bei häuslicher Gewalt die Härtefallpraxis nach Artikel 50 AIG garantieren», die eine Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration zur Folge hätte.

Stellungnahme zur Gesamtschau Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, bei welcher der Bundesrat die Konkurrenzfähigkeit älterer Arbeitskräfte gezielt mit Aus- und Weiterbildungen steigern und ihre berufliche Wiedereingliederung erleichtern will.

Vernehmlassung zur neuen Strategie der internationalen Zusammenarbeit, die alle vier Jahre frisch aufgesetzt wird. Dabei auffallend: Frauenrechte werden diesmal äusserst schwach widerspiegelt.

Stellungnahme zu «StGB-Tatbestände mit Stalking ergänzen». Künftig soll Stalking (das beabsichtigte und wiederholte Verfolgen und Belästigen eines Menschen) als eigenständige Strafnorm gelten.

PROJEKTE

Helvetia ruft!

Helvetia ruft!, die schweizweite und überparteiliche Bewegung der Frauen in die Politik, wurde bereits im Vorfeld der letzten eidgenössischen Wahlen 2019 aktiv und hat massgeblich zur Steigerung des Frauenanteils in National- und Ständerat beigetragen. Auch im Vorfeld der nationalen Wahlen im Oktober 2023 hat Helvetia ruft! ihre Kampagne mit dem Ziel 50% Frauen im Schweizer Parlament sitzen zu sehen, durchgeführt.

Im Wahljahr 2023 haben wir diese Mentorings von Januar bis Juni 2023 durchführen können, die ein grosser Erfolg waren: Das Helvetia ruft!-Team hat 2023 21 Kurs-Slots zu vier Themen angeboten, davon drei auch auf Französisch. Durchgeführt wurden sie von 14 Mentorinnen. Rund 400 Anmeldungen aus 24 Kantonen, aus allen Parteien und drei Sprachregionen wurden verzeichnet. Während der Mentoring-Phase wurden von diesen 400 Teilnehmerinnen 140 von ihren Parteien für die Nationalen Wahlen nominiert.

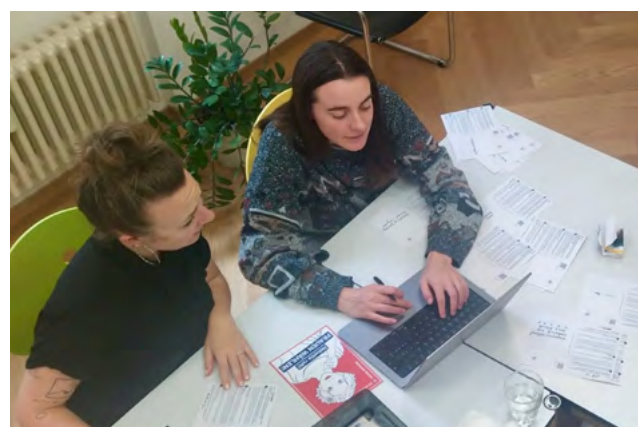
Am 1. Juni 2023 führte alliance F den Helvetia Super Day durch: Mit einer persönlichen Bundeshausführung, einer Zwischenbilanz der Partei-Wahllisten und lehrreichen Workshops boten wir ein geballtes Programm für Nationalratskandidatinnen und Interessierte aus der ganzen Schweiz im Bundeshaus und im Raiffeissen Forum. Zu Gast waren unter ander-

em die Präsident:innen fast aller Parteien, die zum Stand der provisorischen Wahllisten ihrer Parteien Stellung nehmen durften.

Bei den nationalen Wahlen 2023 wurden 93 Frauen gewählt. Somit konnte der Frauenanteil im Parlament erhalten werden. Und obwohl die in Bezug auf ihre Frauenvertretung schlecht abschneidende SVP die eindeutige Wahlsiegerin ist (von den 21 neu gewählten Parlamentarier:innen sind gerade mal drei Frauen), und die in ihrer Listengestaltung besonders vorbildliche grüne Partei mehrere Frauensitze verloren hat, konnten diese beiden Entwicklungen dem Frauenanteil im Parlament doch nicht so stark schaden. Die Schweizer Demokratie ist eine robustere geworden – Verschiebungen der Parteistärken führen nicht mehr zu starken Schwankungen in der Vertretung der Geschlechter im Rat.

Ausserdem brachten die Wahlen auch ein paar historische Durchbrüche: Der Kanton Nidwalden erhielt seine erste Nationalrätin seit der Einführung des Frauenstimmrechts im Jahre 1971 (Regina Durrer-Knobel, Mitte) und der Kanton Schwyz seine erste Ständerätin (Petra Gössi, FDP). Dies unterzeichnet wiederum die Wirkung des Projekts Helvetia ruft! in der Innerschweiz. Insbesondere die Ständeratswahlen haben eines deutlich gezeigt: Die Frauen sind mit den Wahlen 2023 ein Machtfaktor geworden – als Kandidatinnen und als Wählerinnen. Das ist eine gute Nachricht.

PROJEKTE



Grosse Wahllisten-Zwischenbilanz (oben) und Mentorings 2023 (Mitte), Podium über die eigene Wahlkampagne und Postkartenaktion (unten).
Bilder: Aleksandra Zdravkovic, Rosalyne Reber & Flavia Kleiner

PROJEKTE

Pro Choice

Die zwei Anti-Abtreibungs-Initiativen «Einmal darüber schlafen» und «Lebensfähige Babys retten» scheiterten im Juni 2023. Abtreibungsgegner:innen wollten damit Schwangerschaftsabbrüche einschränken. Für die Vorlagen kamen nicht genug Unterschriften zusammen.

Die Schweizer Bevölkerung hat sich somit erneut hinter das wichtige Gesetz gestellt und hält an der vor über 20 Jahren eingeführten Fristenregelung fest.

Alliance F rief die überparteiliche Allianz «Pro Choice» zum Schutz der Abtreibungsrechte ins Leben. Ziel davon ist, sich in Zukunft gemeinsam gegen jegliche Angriffe auf die Selbstbestimmung zu wehren. Nur mit einem uneingeschränkten Zugang zu Abtreibungen kann die körperliche und psychische Gesundheit von Frauen geschützt und so die freie Wahl, ob und wann jemand Kinder kriegt, garantiert werden.



Pro-Choice-Plakat an der Frauenstreik-Demonstration in Zürich
Bild: Anne-Sophie Keller

Check your salary

Zum Equal Pay Day, der im 2023 auf den 18. Februar fiel, haben wir mit dem Verband Business and Professional Women Switzerland (BPW Switzerland) zusammengespant.

Ziel der gemeinsamen Kampagne war es, mit vereinten Kräften von alliance F und den vierzig BPW-Clubs in der Schweiz, dem Lohngleichheits-Diskurs neuen Wind und viel Visibilität zu geben – damit zukünftige Equal Pay Days auf den 1. Januar fallen.

Check your Salary hatte bereits Ende 2022 mit BPW die Planung des Equal Pay Days begonnen und konnte eine neue Unterseite für die Aktion gestalten und programmieren lassen. Das Design der Plattform wurde mit einer Equal Pay Day-Figur erweitert.

Sowohl alliance F als auch BPW konnten in ihren Newslettern und Clubabenden aktiv auf die Aktion aufmerksam machen. BPW hat Unternehmen angeschrieben und sie dazu motiviert, bei Check your Salary teilzunehmen und ihre Lohnanalysen offenzulegen.

Obwohl die Kampagne mit dem Equal Pay Day 2023 abgeschlossen wurde, hat das Projekt Check your Salary viel Aufmerksamkeit erhalten und wurde innerhalb der BPW-Clubs breit gestreut – was sich auch langfristig positiv auf Check your salary auswirken wird.

PROJEKTE

Cash or Crash

Die finanzielle Allgemeinbildung in der Schweiz ist lückenhaft, insbesondere bei Frauen. Das fehlende Wissen ist mit ein Grund für die Einkommensunterschiede in der Schweiz: Frauen haben – wenn sie sich trennen – öfter existenzielle Probleme als Männer. Ihre monatliche Rente im Alter ist durchschnittlich 1400 Franken tiefer und reicht häufiger allein nicht zum Leben. Während für Frauen, die sich bewusst über Finanzthemen informieren, in den vergangenen Jahren Angebote geschaffen wurden, existiert bisher keine niederschwellige Plattform, die spielerisch und fern von jeglicher Finanzsprache über die Folgen von verpassten Jobchancen, ungleicher Verteilung von Erwerbsarbeit und unerwarteter Scheidung aufklärt. Diese Lücke soll das neue alliance F-Projekt Cash or Crash schliessen.

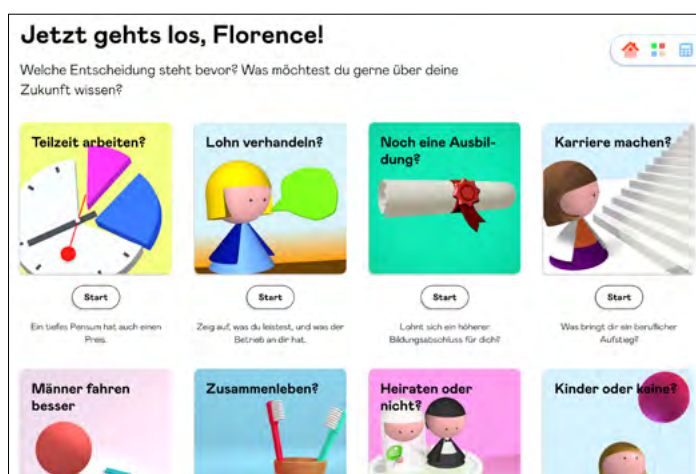
Ende August wurde Cash or Crash als Beta-Version für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im Oktober folgte die französische Übersetzung.

Die Lancierung war ein Erfolg. Cash or Crash funktioniert zuverlässig und die Rückmeldungen der User:innen sind äusserst positiv. Knapp 10'000 Nutzende haben bisher auf Cash or Crash ihre Lebensentscheidungen überprüft, hinterfragt und sogar neu geplant. Dies ist eine gute Reichweite für ein Onlinetool, das bisher nicht beworben, sondern erst mit Social Media und Medienarbeit bekannt gemacht wurde.

Finanziert wurde die Betaversion von Cash or Crash durch Finanzhilfen des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung. Cash or Crash soll in einer zweiten Projektphase ab Sommer 2024 mit einer breit angelegten Sensibilisierungskampagne bekannt gemacht werden. Für diese Kampagne ist alliance F auf der Suche nach weiteren Projektpartnern.



Die Beta-Version der Online-Plattform Cash or Crash wurde im Herbst 2023 lanciert. Bild: alliance F



Online-Auftritt der Webseite cashorcrash.ch. Bild: alliance F

PROJEKTE

Gründung der Public Discourse Stiftung

Das bislang interne Projekt Stop Hate Speech wird zu einer eigenständigen Stiftung, an der sich auch die ETH Zürich beteiligt. Als gemeinnützige und politisch unabhängige Stiftung bezweckt die Public Discourse Foundation die Erforschung und Stärkung des öffentlichen Diskurses im Internet. Damit verlor alliance F im Frühling fünf verdiente Mitarbeiter:innen – aber an eine Erfolgsgeschichte, die weitergeschrieben wird.

Die Public Discourse Foundation entwickelt Strategien, um toxische Sprache zu reduzieren und konstruktive Beiträge zu fördern, und übersetzt diese Forschungserkenntnisse in skalierbare Lösungen. Ihr Ziel ist es, den öffentlichen Diskurs so zu verbessern, dass sich möglichst viele Menschen eingeladen fühlen, daran teilzunehmen. Die Stiftung betreibt unter anderem Sensibilisierungsarbeit in den Sozialen Medien.



PUBLIC
DISCOURSE
FOUNDATION

Genderdiskurs versachlichen

Auf Newsplattformen und den sozialen Netzwerken begegnen uns immer wieder dieselben Mythen und Argumente, die ein heteronormatives, binäres, patriarchales, genderstereotypes und/oder misogynies Weltbild propagieren.

Um diesen Backlash zu bekämpfen, wurde im Vorfeld der Nationalen Wahlen in Zusammenarbeit mit männer.ch (Dachverband Schweizer Männer- & Väterorganisationen) das Pilotprojekt «Fakten gegen Mythen» lanciert. In dieser Kooperation wurde ein internes Dokument entwickelt, in dem Argumente gegen spezifische Aussagen gesammelt und mit Konter-Textbausteinen hinterlegt wurden. Während gut eines Monats wurden danach die Kommentarfelder von 20 problematischen Artikeln bespielt. Das Fazit daraus: Schon ein guter, faktenbasierter Kommentar ist wertvoll und wird gelesen und geliked.

männer.ch
Dachverband der Schweizer
Männer- und Väterorganisationen

VERBANDSAKTIVITÄTEN

Delegierten- versammlung 2023

Pünktlich zum turbulenten Frühlingsanfang – kurz darauf gab der Bundesrat die Fusion der UBS mit der Credit Suisse bekannt – lud alliance F am 17. März zur jährlichen Delegiertenversammlung. Sie brachte für die Delegierten erfreulich viele gute Neuigkeiten zum vergangenen Vereinsjahr. Das alliance-F-Projekt «Helvetia ruft!» stoss dabei auf grosses Interesse.

Auch wurde offiziell bekanntgegeben, dass das bislang interne Projekt Stop Hate Speech zu einer eigenständigen Stiftung wird, an der sich auch die ETH Zürich beteiligt. Damit hat alliance F verdiente Mitarbeiter:innen verloren – unter anderem Sophie Achermann, die alliance F fünf Jahre lang mit viel Herzblut geführt und mit ihrem Team grosse Projekte und Events wie die Frauensession oder das Frauenrütli 2021 auf die Beine gestellt hat.



Delegiertenversammlung 2023 in Bern. Bild: Anne-Sophie Keller

Frauenstreik 14. Juni – Event im Bundeshaus

Der Frauenstreik- und Aktionstag am 14. Juni war sonnig, bunt und laut. Im Vorfeld wurden in den Medien einige Streitgespräche über den Nutzen des Streiks sowie den vermeintlich grossen Rechts-Links-Graben zwischen Frauen herbeigeführt.

Alliance F organisierte einen Event im Bundeshaus, bei dem rund 80 Frauen unterschiedlicher Alter und Hintergründe teilnahmen. Prominente Vertreterinnen aus allen Parteien tauschten sich auf dem kurzweiligen Podium über die Erfolge und Herausforderungen im Gleichstellen während der letzten Legislaturperiode 2019-2023 aus. Denn die Schweizer Bevölkerung profitiert davon, wenn Gleichstellungsanliegen den Weg in unsere Gesetzestexte finden.



Gleichstellungs-Rückblick über die Legislatur 2019-2023: Podium im Bundeshaus. Bild: Yoshiko Kusano

VERBANDSAKTIVITÄTEN

Konferenz der Präsidentinnen

«Gut, organisieren Sie sich, Ihre Gegner organisieren sich auch.» Mit diesen Worten begrüsst Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider die Präsidentinnen, Geschäftsführerinnen und Vorständinnen der über 100 bei alliance F angeschlossenen Frauenverbänden. Von der Gesellschaft der bildenden Künstlerinnen, über die Pflegefachfrauen (und Pflegefachmänner), der Lesbenorganisation LOS, Frauenzentralen aus mehreren Kantonen und Frauengruppen der Parteien sind an diesem Freitag Vertreterinnen zusammengekommen, um über ihr politisches Programm für die nächste Legislatur zu beraten.

Bundesrätin Baume-Schneider, die als Rednerin zu Gast war, versprach, dass sie mithelfen werde, dass die Gleichstellungspolitik in den nächsten vier Jahren Fortschritte machen werde und sagte zu, diesem Thema in ihrem Departement eine hohe Priorität einzuräumen. So etwa bei der Lohnleichheit: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit solle nicht nur ein Slogan sein.

Baume-Schneider erzählte auch Anekdoten aus der Zeit, als sie Regierungsrätin war und noch kleine Kinder hatte. So konnte sie aus Sicherheitsgründen einmal den Kinderwagen nicht zum Treffen mit einem ausländischen Minister mitnehmen und musste ihr Kind darum halt dem Minister anvertrauen. «Wir müssen mutig und solidarisch sein, und unsere Haltung verteidigen», sagte Baume Schneider.

Hearing der Bundesratskandidaten

Wie würden sich die drei Bundesratskandidaten Beat Jans (SP), Jon Pult (SP) und Gerhard Andrey (Grüne) für die Gleichstellung einsetzen? Zusammen mit rund 80 interessierten Parlamentarier:innen und alliance F-Mitgliedern organisierte alliance F ein Bundesratshearing wenige Tage vor der Wahl im Bundeshaus durch.

Die Kandidaten hatten dabei die Möglichkeit, ihre Standpunkte im Bereich der Gleichstellung von Mann und Frau in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorzutragen sowie spezifische Fragen zu beantworten. Das Treffen hat unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Medien stattgefunden.



Bundesratshearing ein paar Tage vor der Wahl: Beat Jans stellt sich den Fragen der anwesenden Frauen. Bild: Lorena Strub

JAHRESRECHNUNG 2023

Bilanz per 31.12.2023

in CHF

Bezeichnung	Saldo
AKTIVEN	
Umlaufvermögen	
Flüssige Mittel und Wertschriften	150'107.78
Forderungen aus Lieferung und Leistung	109'527.47
Andere kurzfristige Forderungen	304.67
Aktive Rechnungsabgrenzung	16'759.70
Total Umlaufvermögen	276'699.62
Anlagevermögen	
Finanzanlagen	123'972.45
Total Anlagevermögen	123'972.45
Total AKTIVEN	400'672.07
PASSIVEN	
Fremdkapital kurzfristig	
Kurzfr. Finanzverbindlichkeiten Lieferung, Leistung	16'551.25
Kurzfr. Finanzverbindlichkeiten	241'291.30
Passive Rechnungsabgrenzung	80'994.23
Total Fremdkapital kurzfristig	338'836.78
Fremdkapital langfristig	
Rückstellungen langfristig	6'000.00
Total Fremdkapital langfristig	6'000.00
Eigenkapital	
Vereinskapital	67'576.90
Jahresverlust	-11'741.61
Total Eigenkapital	55'835.29
Total PASSIVEN	400'672.07

JAHRESRECHNUNG 2023

Erfolgsrechnung 2023

alliance F

in CHF

Bezeichnung	Saldo
Gemeinnützige Projekte	
Ertrag gemeinnützige Projekte	908'783.59
Aufwand gemeinnützige Projekte	-886'902.13
Total Gemeinnützige Projekte	21'881.46
 Verbandstätigkeit	
Einnahmen Verein	
Mitgliederbeiträge Einzelpersonen	50'531.22
Mitgliederbeiträge Organisationen	23'734.50
Gönnerschaft, Spenden	78'579.13
Spenden Dritte	85'880.20
Donatorinnen	7'302.00
Ertragsminderung, Kommissionen	-1'199.14
Debitorenverluste	-3'000.00
Aufwand Delegiertenversammlung	-2'449.00
Aufwand Präsidentinnenkonferenz	-5'636.00
Total Einnahmen Verein	233'742.91

JAHRESRECHNUNG 2023

Politische Geschäfte

Ertrag politische Projekte	148'980.00
Aufwand politische Projekte	-282'991.45
Total politische Projekte	-134'011.45
Total Einnahmen Verein und politische Projekte	99'731.46

Verwaltung Verbandstätigkeit

Personalaufwand	-145'474.85
Raumaufwand	-30'486.15
Fahrzeug- / Transportaufwand	-2'812.05
Sachversicherungen	-850.10
Verwaltungsaufwand	-64'759.10
Informatikaufwand	-16'080.32
Werbeaufwand	-13'363.39
Verwaltungskosten Projekte	108'035.00
Total Verwaltung Verbandstätigkeit	-165'790.96

Weiteres

Abschreibungen	-2'176.70
Finanzerfolg	5'245.51
Ausserordentlicher Erfolg	47'673.57
Total Weiteres	50'742.38

Total Verbandstätigkeit	-15'317.12
--------------------------------	-------------------

Reingewinn	6'564.34
-------------------	-----------------

JAHRESRECHNUNG 2023

BLASER
TREUHAND
BERN

alliance f
Länggasstrasse 10
3012 Bern

BLASER TREUHAND AG
SCHWARZENBURGSTR. 285
CH-3098 KÖNIZ BERN

Telefon 031 372 11 11
Telefax 031 371 45 18
btb@treuhandbern.ch
www.treuhandbern.ch

Köniz, 27. März 2024 / fo

Bericht der Revisionsstelle

an die Mitgliederversammlung des alliance f, Bern

Als Revisionsstelle haben wir die Buchführung und die Vereinsrechnung bestehend aus Erfolgsrechnung und Bilanz des alliance f, Bern für das am 31. Dezember 2023 abgeschlossene Vereinsjahr geprüft. Die Revision der Vereinsrechnung 2022 ist von anderen Revisoren vorgenommen worden.

Für die Vereinsrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Vereinsrechnung zu prüfen und zu beurteilen.

Aufgrund unserer stichprobenweisen vorgenommenen Prüfungen bestätigen wir, dass

- die Bestandessaldi der Bilanz nachgewiesen sind,
- die Belege mit der Buchhaltung übereinstimmen,
- die Buchhaltung ordnungsgemäss und sauber geführt ist.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Vereinsrechnung dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Wir empfehlen, die vorliegende Vereinsrechnung mit einem Gewinn von CHF 6'564.34 und einem Eigenkapital von CHF 55'835.29 zu genehmigen.

Blaser Treuhand AG



Stefan Rothenbühler
Dipl. Experte in Rechnungslegung
und Controlling
Leitender Revisor



Christian Flury
Dipl. Wirtschaftsprüfer

Beilage Jahresrechnung 2023

VORSTAND

Maya Graf – Co-Präsidentin, Ständerätin Grüne/BL

Kathrin Bertschy – Geschäftsführende Co-Präsidentin, Nationalrätin GLP/BE

Christina Bachmann-Roth – Präsidentin Mitte Frauen Schweiz

Elisabetta Crolle – Vertritt das Career Women Forum

Claudine Esseiva – Co-Präsidentin BPW Switzerland

Vivian Fankhauser-Feitknecht – Mitglied der Eidg. Kommission für berufliche Vorsorge

Aurélie Friedli – Vorstandsmitglied des Centre de Liaison des Associations Féminines Genevoises

Andrea Gisler – Mitglied der Eidg. Kommission für Frauenfragen

Manuela Kocher – Gemeindepräsidentin Worben, Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen & Pflegefachmänner SBK

Min Li Marti – Nationalrätin SP/ZH

Hedi Luck-Fasciati – Netzwerk Tessin

Rosmarie Quadranti – Präsidentin Zürcher Frauenzentrale, ehemalige Nationalrätin BDP/ZH

Sophie Achermann – Geschäftsführerin Public Discourse Foundation, ehem. Geschäftsführerin alliance F

Susanne Vincenz-Stauffacher – Nationalrätin FDP/SG, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz



GESCHÄFTSSTELLE

Agnes Schubert – Co-Projektleiterin Helvetia ruft! und Cash or Crash

Anne-Sophie Keller – Projektleiterin Pro Choice

Flavia Kleiner – Projektleiterin Helvetia ruft!

Jenny Mosimann – Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Kathrin Bertschy – Delegierte Geschäftsführerin

Kim Furer-Junker – Leiterin Zentrale Dienste

Line Magnanelli – Übersetzerin Deutsch-Französisch

Lorena Strub – Mitarbeiterin Kommunikation

Olivia Kühni – Leiterin Politik

Simon Preisig – Leiter Kommunikation und Co-Projektleiter Cash or Crash



MITGLIEDSORGANISATIONEN 2023

AFCA VD - Association Femme et Carrière dans l'Administration VD	GFZ Gemeinnützige Frauen Zürich
ALECSS - Association Latine des Spécialistes en Santé Sexuelle	GLP Schweiz - Frauennetzwerk
BFH Wirtschaft	Helvetiarockt
BPW Club Bern	Israelitischer Frauenverein Zürich
BSJF Bund Schweizerischer Jüdischer Frauenorganisationen	Jüdischer Frauenverein Bern
BVHL Berufsverband Haushaltleiterinnen Schweiz	Jüdischer Frauenverein St. Gallen
career women's forum	KlimaSeniorinnen Schweiz
CLAFG	Lesbenorganisation Schweiz LOS
CLAFV	Modell F - Verein
COMPAGNA Sektion Zürich	NEFU Schweiz
Die Mitte Frauen Kt. ZH	Netzwerk grüne Frauen*
Die Mitte Frauen Schweiz	SAFFA-Bürgerschaftsgenossenschaft
Diversity Job Group GmbH	Schweiz. Mode-Gewerbeverband
EFZ Evangelischer Frauenbund ZH	Schweizerische Gesellschaft Bildender Künstlerinnen
EVP Frauen Schweiz	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein, netzwerk frau und sia
FachFrauen Umwelt / Professionnelles En Environnement	Société de Morges
Fachstelle Zwangsheirat	Soroptimist International Union Schweiz
FAFTPLUS Fed. Assoc. Femini Ticino	Soroptimist - International Club Basel
FDP Frauen Kanton Zürich	SP Frauen Schweiz
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz	sportif{}
Fondation equal-salary	Stiftung Elternsein
frauenaargau	Stiftung Erforschung der Frauenarbeit
frauennetz kanton schwyz	Stiftung GFZ Gemeinnützige Frauen Zürich
Frauenplus Baselland	StrukturELLE
Frauenverein Wädenswil	SWAN Verein - Swiss Women's Audiovisual Network
Frauenzentrale Appenzell Ausserrohden	TFOS Tibet Frauenorg. CH
Frauenzentrale Bern	Verband Frauenunternehmen
Frauenzentrale Glarus	Verein Beratung und Information zu pränataler Diagnostik
Frauenzentrale Graubünden	Verein Créatrices.ch
Frauenzentrale Luzern	Verein der Diplomatinen des EDA (DIP)
Frauenzentrale Solothurn	Verein Ostschweizerinnen.ch
Frauenzentrale Thurgau	Verein Wybernet
Frauenzentrale Winterthur	VIDUA Org. für Verwitwete - CH
Frauenzentrale Zug	WEFA
Frauenzentrale Zürich	Womenbiz
Frauenzentralen Schweiz	Zonta Club Bern
Frieda - die feministische Friedensorganisation	Zonta Club Zürich
Gemeinnütziger Frauenverein St. Gallen	Zonta Switzerland and Liechtenstein

IMPRESSUM

Herausgeberin

alliance F
Länggassstrasse 10
3012 Bern
office@alliancef.ch

Bild Cover

Aleksandra Zdravkovic

Text und Gestaltung

alliance F
